

----- Original Message -----

Subject: Mail von irak-reisen wg. Abschiebungen etc.

Date: Wed, 21 Sep 2005 07:30:41 -0400

From: KRGINGermany@netscape.net

To: georg.classen@berlin.de

CC: Imkkurds@aol.com

Sehr geehrter Herr Classen,

die Vertretung der Regionalregierung Kurdistan-Irak in Deutschland hat heute Irak-Reisen GSA Kurdistan Airlines aufgefordert, die in dem Schreiben an Sie gemachte Äußerung: "Natürlich stehen wir den Ausländerbehörden, Innenministerien und Bundesgrenzschutz für Abschiebungen zur Verfügung." zurückzunehmen.

Irak-Reisen ist nicht befugt, derartige Erklärungen abzugeben. Tatsächlich stünden sie im krassen Gegensatz zu der von der Regionalregierung in Erbil seit Jahren verfolgten Politik in Bezug auf Rückführungen von Flüchtlingen aus Europa oder anderen Teilen der Welt. Die Regionalregierung hat in diesem Sinn einen Abschiebestopp erzwungen, als die britischen Behörden neulich versuchten, mit der Autorität eines Partners in der Koalition den Flughafen Erbil zu Abschiebungen zu nutzen, ohne eine vorherige Zustimmung der kurdischen Seite einzuholen, bzw. ein diesbezügliches umfassendes und nachhaltiges Kooperationsprogramm auszuhandeln. Ohne ein solches Kooperationsabkommen wird es auch keine Abschiebungen aus Deutschland in das irakische Kurdistan geben können. Jede einzelne Rückführung bedarf der schriftlichen Zustimmung des hiesigen Vertreters der Regionalregierung. Er wird diese nicht erteilen, solange kein umfassendes und nachhaltiges Kooperationsprogramm zur Reintegration dieser Flüchtlinge in den Gesamtkontext der kurdischen Gesellschaft zwischen der Regionalregierung Kurdistan und der Bundesregierung in Deutschland geschlossen worden ist. -- Hiervon sind wir nach wie vor so weit entfernt wie vor zwei Jahren: dass die Bundesregierung - hier federführend das Bundesinnenministerium - bisher keinerlei Anstrengungen unternommen hat, hierüber überhaupt in Gespräche einzutreten.

Dieser betonierte Verweigerungs-Zustand hat erhebliche negative Auswirkungen auch auf alle Programme und Anstrengungen für eine freiwillige Rückkehr, da diese mit dem Verdacht belastet werden, es könnte sich um versteckte Hintertürenprogramme zur Durchsetzung von sonst anders nicht möglichen Abschiebungen handeln. Uns ist dies sehr wohl bewußt; es ist an der Bundesregierung, den nächsten Schritt zu konstruktiven und gleichberechtigten Gesprächen zu tun. Sie weiß das.

Mit freundlichen Grüßen

Dilshad Barzani

Der Vertreter der Regionalregierung Kurdistan-Irak in Deutschland